

8.1 Empfehlungen

Wir haben uns in den vorhergehenden Kapiteln an den Zielbeziehungen der drei Eckpunkte der Wirtschaftspolitik orientiert: Wachstum, Umwelt und Lebensqualität. Diese Struktur halten wir auch bei unseren Empfehlungen bei.

8.1.1 Empfehlungen zu Wachstum

Globales Wachstum weiterhin notwendig

Um für rund 10% der Weltbevölkerung den Weg aus der absoluten Armut zu ermöglichen, ist weiteres wirtschaftliches Wachstum notwendig. Der Anspruch auf ein menschenwürdiges Leben ist für Hunderte Millionen von Menschen noch nicht erfüllt. Auch die UN-Nachhaltigkeitsziele erinnern uns daran, dass der Kampf gegen Hunger und Armut weitergeführt werden muss. Rund drei Milliarden Menschen steht noch immer keine saubere Energie in ihren Haushalten zur Verfügung. Der Zugang zu sauberer Energieversorgung ist nicht nur ein wichtiger Schritt für die Gesundheit, sondern auch ein Beitrag gegen die Luftverschmutzung und für erhöhte Energieeffizienz. Bei einem globalen Nullwachstumsszenario könnten wir die absolute Armut nicht reduzieren und müssten akzeptieren, dass rund zwei Drittel der Weltbevölkerung mit weniger als kaufkraftbereinigten USD 10 pro Tag leben müssen (Owid, 2022e).

Eine Angleichung der globalen Lebensverhältnisse wäre in einem Nullwachstum- und erst recht in einem Degrowth-Szenario nur durch globale Umverteilung möglich. Anders als in einer wachsenden Wirtschaft können in diesem Szenario die einen nur reicher werden, wenn die anderen ärmer werden. Wie schwierig, ja kontraintuitiv dies sein könnte, verdeutlicht Branko Milanovic, einer der profiliertesten Forscher zum Thema Ungleichheit. Gemäss Milanovic müssten die 27% Reichsten der Welt auf rund zwei Drittel ihres Einkommens verzichten, um allen Menschen ein durchschnittliches Einkommen von USD 5'500 im Jahr zu ermöglichen (Milanovic, 2017). Solche Umverteilungsvorschläge hätten Auswirkungen von enormer Tragweite, denn ein Einkommensverlust des Westens um zwei Drittel würde zu einem Rückgang der Produktion und damit auch zu schrumpfenden Staatseinnahmen führen, dies mit den entsprechenden Konsequenzen, z. B. für die Finanzierung der Sozialausgaben.